



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Das Ministerium Stadion.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das Ministerium Stadion.

Das gegenwärtige Cabinet in Oestreich kam unter den schwierigsten Umständen an's Ruder. Der Kaiserstaat war aus den Fugen gegangen und wurde nun eben auf eine etwas gewaltsame Weise wieder eingereckt. Der alte Mechanismus der Staatsverwaltung war unbrauchbar geworden und für die Einrichtung eines neuen mußte man nicht nur die Materialien, sondern selbst die Gesichtspunkte mit Mühe auffuchen.

Unter diesen Umständen glaubten wir, die neue Regierung, die wenigstens den guten Willen zu haben schien, das Staatsschiff nicht den Wellen des „Weltgeistes“ zu überlassen, sondern es nach einem verständigen Plan vorwärts zu bringen, nach Kräften unterstützen zu müssen. Wir thaten es oft genug mit Widerstreben, denn unser Gefühl wurde jeden Augenblick verletzt; aber in der Politik hat das Gefühl nicht mitzusprechen. Auch wo uns in dem Verfahren des Cabinets dies oder jenes unklar war, glaubten wir, irgend einen Zusammenhang vermuthen zu müssen, den wir bei der wunderlichen Verwicklung der verschiedenen Instanzen, in denen für den Augenblick die Macht Oestreichs ruht, nicht übersehen konnten. Wie jetzt aber die Sachen stehn, kann sich Niemand länger täuschen. Wir haben das alte Metternich'sche System in zweiter Auflage, auf schlechterem Papier und mit schlechterem Druck.

Ein Wassertropfen macht ein volles Gefäß überlaufen. Dieser Wassertropfen war für uns das Verbot der Ostdeutschen Post. Dieses Blatt hatte in der letzten Zeit gegen Deutschland einen Ton angeschlagen, der wenigstens eben so höhnisch-herausfordernd war, als der, welchen der alte Bundestag von seinem Präsidialgesandten hatte hinnehmen müssen; es rief das absolute: „Ihr dürft nicht!“ der Bundesacte den Freiheitsbestrebungen des deutschen Volks entgegen, und sprach von „seinen“ Unrechten auf Deutschland, wobei es doch nur die Unrechte seines Kaisers und Herrn meinen konnte. Kurz es stimmte in der deutschen Frage vollkommen in den Chorus der ministeriellen Presse. Und dieses Blatt ward verboten; warum? weil es einige Artikel von Billersdorf bringt, die in der „milden und interessanten“ Weise dieses Staatsmannes gegen die Ansichten der Regierung Opposition machen — aber das ist eigentlich schon zu viel gesagt, — die also Ansichten entwickeln, welche sich zwar nicht durch größere Bestimmtheit, aber durch

die Färbung von denen der offiziellen Presse unterscheiden. Und dieses Verbot geht nicht etwa von dem Militärregiment aus, dessen souveränes „Nicht raisonnirt!“ es mit dem Unterscheiden nicht genau nehmen würde, sondern direct von der Regierung, die doch überfroh sein sollte, irgend einmal eine Ansicht zu hören, welche nicht von ihr ausgeht, denn sie leidet wahrhaftig nicht an Ueberfluß eigener Ansichten.

Der Kampf der Parteien in der Presse ist bald unterdrückt; man darf nur den Belagerungszustand über ganz Oestreich ausdehnen und sämtliche Pressen confisciren. Der Vogel Strauß steckt den Kopf in den Busch, und glaubt, dem Jäger entgangen zu sein, wenn er ihn nicht mehr sieht. Wenn sich das Ministerium aber umsieht, so wird es mit Schrecken gewahr werden, daß es so ziemlich allein steht und daß von den Kräften, die im neuen Staatsleben sich entwickelt haben, keine einzige mehr zu seiner Disposition ist.

Betrachten wir zuerst seine Stellung zum Reichstag. Dieser Reichstag ist nach unserer Ueberzeugung, die wir niemals verhehlt haben, ein Abortus. Es konnte aus ihm nie und unter keinen Umständen etwas Gedeihliches für Oestreich sich entwickeln. Zu dieser Behauptung haben wir folgende Gründe. Einmal. Er repräsentirte weder die Totalität des Staates, noch irgend eine nationale oder politische Einheit. Man hatte die Italiener, die Ungarn, und wie es damals stand, auch nicht ihre Nebenländer hineinziehen können, wohl aber hatte man Galizien und Dalmatien aufgenommen, nicht irgend einer staatlichen Nothwendigkeit wegen, sondern um die Gelüste der Linken in Beziehung auf das „Aufgehen in Deutschland“ zu hintertreiben. So brachte man, um die gemeinsamen Feinde zu theilen, die Tschechen, Slovaken und Ruthenen auf die eine Seite, die Deutschen und Polen auf die andere, obgleich die einen an demokratischer Gesinnung die Andern keineswegs übertrafen; hier stützte man sich auf die slavische Linde, dort auf das Reich in partibus. Das erneute Oestreich bekam mit beiden zu schaffen; Fürst Windischgrätz hatte es zuerst mit den Swornostmützen, dann mit den Stürmern zu thun. Der Wahnsinn der Octoberrevolution arbeitete diesem falschen Spiel in die Hände, die slavischen Deputirten perhorrescirten den in die revolutionären Umtriebe verstrickten Reichstag, und die Hauptstadt des Hussitenlandes gab dem kaiserlichen General ein Vertrauensvotum. Kaum aber ist die äußerliche Ruhe hergestellt, so tritt Rechte und Linke zusammen, nicht in gemeinsamen Interessen, sondern in gemeinsamer Antipathie.

Selten ist ein Votum gegen die Regierung, wie es aus dem Antrag des Abgeordneten Pinkas hervorging, aus einer so frivolen Frage entsprungen. Der Entwurf des Reichstags sagt: „Das Volk ist die Hauptsache.“ Die Regierung antwortet: „Das Volk ist nicht die Hauptsache, wenigstens in Oestreich nicht, und wenn ihr dergleichen Beschlüsse faßt, so können wir euch das Reich nicht constituiren lassen.“ Das Materielle des Streits ist vollkommen gleichgiltig, mit dem

einen ist eben so wenig gesagt, als mit dem andern, und so hat dann der Reichstag Recht gehabt, die ganze Sache zu vertagen; aber eben so ist er in seinem Recht, wenn er in Harnisch geräth über die Zumuthung der Regierung, bei jedem einzelnen Punkt im Voraus die Entscheidung der Debatten bestimmen zu wollen. Nur ist in dieser gemeinsamen Erbitterung nichts Positives. Rieger und Löhrner können als gute Demokraten sich zum Kampf gegen eine reactionäre Regierung vereinigen, aber sie können niemals zusammen in eine neue, constituirende Regierung eintreten. Anders stünde es freilich, wenn sie fertige Verhältnisse vorfänden.

Zur Ordnung unfertiger Verhältnisse ist dieser Reichstag nicht berufen. Er hat nicht das Recht, Oestreich zu constituiren, denn er repräsentirt nicht das ganze österreichische Volk, sondern nur einzelne Provinzen desselben; er hat aber auch nicht die Kraft dazu, denn er dreht sich um verschiedene Centren. Es kann ein Parlament aus den verschiedenartigsten Fractionen bestehen, je nach dem Grade der Freiheit, den dieser oder jener begehrt, die Abstimmung wird immer zu einem wenigstens relativ befriedigenden Resultat führen. Tories, Whigs, Radicale, selbst Chartisten können bequem neben einander sitzen, so viel Lärm sie auch gegen einander ausschlagen mögen. Aber die Anwesenheit der Repealer ist ein Krebschaden für die politische Entwicklung Englands, wie die der Polen im preussischen Landtage, denn wo von einer Gemeinsamkeit der Interessen keine Rede ist, hört auch das fair play des Streites auf. Indes in England, wie in Preußen ist das fremdartige Element doch sehr unbedeutend, im österreichischen Reichstag dagegen halten sich beide die Wage. Die anti-corn-law-ligue sah gefährlich genug aus, aber es war doch immer ein Resultat abzusehen, die eine Partei mußte die andere absorbiren; das ist aber bei den Parteien in Oestreich nicht möglich. So wenig die Deutschen der slovanská lipá beitreten werden, so wenig die Slaven den deutschen Vereinen.

Es kommt noch dazu, daß der Reichstag eine große Menge seiner Capacitäten entbehrt, die das unglückselige Frankfurt absorbirt hat, und daß hier ein drittes Centrum der politischen Bestrebungen gebildet ist, welches um so weniger geeignet ist, die gesunde Entwicklung der österreichischen Politik an sich zu fesseln, da es im Nebel liegt. Es kommt ferner dazu, daß der „constituirende“ Reichstag aus der Revolution hervorging — einem durch die letzten Monate überwundenen Standpunkt —, daß er also bei dem besten Willen und der edelsten Gesinnung der einzelnen Mitglieder auf unwahren Voraussetzungen basirte. Eine constituirende Versammlung ist an sich schon ohne Ausnahme ein eitles und fruchtloses Unternehmen, weil sie ins Blaue operirt, noch weit mehr aber in Oestreich, wo selbst die am höchsten gestellten Staatsmänner die Verhältnisse nicht ganz übersehen, und wo die Verschiedenheit der Culturstufen und selbst der Localitäten jene Uniformität der Verfassung, welche der Erbfehler aller jungen Constitutionen ist, ganz und gar unmöglich machen.

Fragt man nun also, was diesem Reichstag gegenüber die Regierung hätte thun sollen, so stehn wir mit der Antwort keinen Augenblick an. Ihr erster Act müßte sein, ihn aufzulösen und gleichzeitig die österreichischen Deputirten aus der Paulskirche abzurufen. Davon später. Ob sie das positive Recht dazu hatte, ist in unserer revolutionären Zeit eine müßige Frage. Das moralische Recht hatte sie, unter folgenden Bedingungen. Sie mußte in kürzester Frist die aus demokratischen Urwahlen hervorgegangenen Landtage der verschiedenen Provinzen einberufen. Diese hätten beiläufig an einem Ort zusammenkommen können, um theils unmittelbar mit der Regierung, theils durch gemeinsame Ausschüsse unter einander in Rapport treten zu können.

Sie mußte ferner, gleichzeitig mit dem Auflösungsdecret — nicht die Verfassung, denn das hat sein Gehässiges, wohl aber die staatsbürgerlichen Grundrechte oetroyiren. Der Inhalt derselben macht keine Schwierigkeiten, über die allgemeinen Principien ist ja alle Welt einig. Sie mußte ferner durch Thaten zeigen, daß es ihr mit der Ausführung derselben Ernst war; sie mußte durch eine allgemeine Amnestie, von welcher nur die noch im Krieg begriffenen Provinzen ausgeschlossen werden durften, mit der Vergangenheit tabula rasa machen; sie mußte den Belagerungszustand in Wien, wenn sie ihn nicht sogleich aufheben konnte, wenigstens in so milde Formen kleiden, als es in Berlin geschieht, was bei der angeborenen Gutmüthigkeit des österreichischen Volks und seiner im Ganzen unerschütterlichen monarchischen Gesinnung keine Schwierigkeiten gehabt hätte; sie mußte den Ausdruck liberaler Ansichten eher befördern als hemmen, denn nur die Existenz einer gemäßigten Opposition sichert vor dem schleichenden Gift des inhaltslosen Radicalismus; sie mußte endlich — und das ist die Hauptsache — durch eine Reihe organischer Gesetze die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Darin hat das Ministerium Brandenburg einen großen Vorzug; mit einem Fleiß und einer Sicherheit im Arbeiten, wie sie sich nur bei der preussischen Bureaucratie finden, hat die Regierung fast Tag für Tag ein neues organisches Gesetz veröffentlicht, das im Einzelnen seine Mängel haben mag, im Allgemeinen aber die erfreuliche Grundlage des neuen Rechtszustandes bildet.

Von alledem hat das Ministerium Stadion nichts gethan. Man weiß nicht einmal, wie weit die Tragweite seines Einflusses sich erstreckt, wie weit Radetzky, Windischgrätz, Jellachich, Welden u. s. w. ihm gehorchen. Man läßt den Reichstag zu Kremsier ruhig in der bisherigen Zusammensetzung fortarbeiten, aber zugleich verspricht man den Sachsen in Siebenbürgen, den Croaten, den Serben, ja Montecuculi verspricht auch den Italienern eine Theilnahme an den allgemeinen Reichsständen, ohne über die Modalität dieser Theilnahme irgend etwas verlauten zu lassen. Von Reformen in der Justiz, der Administration, den Schulanstalten, von einem bestimmten Verhältniß zu dem Ultramontanismus, der mit der alten Dreistigkeit wieder sein Haupt erhebt, ist keine Rede, in den Finanzen,

die sich von Tage zu Tage mehr verwickeln, geht man den alten Schlandrian fort, obgleich die furchtbare Krisis allen vor Augen steht, und nicht zufrieden mit dem Bürgerkrieg im eignen Lande, läßt man sich in ein politisches System ein, das auch von einer andern Seite die schwersten Folgen nach sich ziehen kann.

Diese auswärtige Politik ist das Bedenklichste, was man dem österreichischen Cabinet vorwerfen kann. Wir sprechen zuerst von Deutschland.

Mit Freuden begrüßten wir die erste Erklärung des Ministeriums, nach welcher es schien, als sei nun das unselige Band, welches zwei an sich mächtige Staaten bisher aneinander geknüpft, um sie zu lähmen, endlich zerschnitten. Wir hätten auf dieses Wort um so sicherer rechnen können, da der Octoberaufstand im Namen des Reichs gegen die Integrität der österreichischen Monarchie unternommen war; da die politische Partei, auf welche sich die neue Regierung stützte, sich auf das Entschiedenste gegen das Aufgehn in Deutschland ausgesprochen hatte, da endlich die ersten Schritte der Gewalthaber in Wien auf alles übrige eher vermuthen ließen, als auf eine Anerkennung der Reichsgewalt — wir hätten darauf rechnen können, wenn uns nicht die angestammte Habsucht der Alt-Habsburgischen Politik bekannt gewesen wäre, die auch das Widersprechende mit einander zu vereinigen versteht, wenn es den Schein des Erwerbtes gibt. Tu felix Austria nube! Warum sollte das Haus Oestreich nicht auch Deutschland erheirathen! warum sollten seine Unterthanen nicht stolz sein auf diese Erheirathung, wenn sie auch auf die Frage: „wozu nützt denn dies alles dir?“ keine andere Antwort gefunden hätten, als die der Fabel: „das weiß ich selbst nicht, sprach der Rabe, ich nehm' es nur, damit ichs habe!“

Als Herr Welcker in der Nationalversammlung den hinreichend bekannten Bericht über seine österreichische Mission abstattete, erzählte er, Oestreich sei viel Deutscher gestimmt, als man gewöhnlich glaube; hochgestellte Personen hätten ihn mit Thränen verhaltenen Grosss versichert, sie würden es nie zugeben, daß Preußen sich eines Reiches bemächtige, in welchem ihrem Hause die erste Stelle zukäme.

Wir täuschten uns also nicht. Mit der Besiegung des Wiener Aufstandes war der „Anspruch“ Oestreichs auf Deutschland keineswegs abgethan. Wenn es früher den österreichischen Radicalen nur darauf anzukommen schien, mit Hilfe des „Reichs“ der bisherigen „Tyrannei“ des Hauses Habsburg ein Ende zu machen, so schlugen sie plötzlich um, als die kaiserlichen Armeen gesiegt hatten; sie traten als Anwälde der Dynastie auf, und legten die früher mit Füßen getretene Bundesacte als Rechtstitel auf den Actentisch. Ihre Begeisterung galt nicht einer Sache, sondern einem Namen; nicht dem österreichischen Staat, denn den hatten sie zerstören wollen, nicht dem österreichischen Volk, dessen Willen in dieser Frage nach verschiedenen Seiten fiel, sondern dem Namen Oestreich. Die Leidenschaft ist aber um so größer, je inhaltloser sie ist.

Der Unterschied war freilich der, daß man es jetzt mit gebildeten Män-

nen zu thun hatte. Bei einem Schwarzenberg, Stadion, Schmerling u. s. w. kann die Leidenschaft noch so weit gehn, zuletzt überwiegt doch die Vernunft, und man kann sich verständigen. Der Widerstreit egoistischer Interessen ist nicht unlöslich, mit leeren Phrasen dagegen, einem Giskra, Wiesner, Berger u. s. w. ist in alle Ewigkeit nichts anzufangen.

Die Sache schien nun ganz einfach zu stehn. Den Ansprüchen des „Reichs“, sich in die Autonomie Oestreichs einzumischen — wenn man den §. 2 und 3 des Grundgesetzes ernstlich diesen Charakter beilegen wollte — hatte man den ernststen und lauten Protest der Windischgrätz'schen Kanonen entgegengestellt. Dieser Protest hatte die Erklärung des Ministeriums: „erst nach Constituirung der beiderseitigen Staaten könne über das nähere Verhältniß derselben zu einander in Unterhandlung getreten werden,“ bestimmter formulirt. Das Programm des Ministeriums Gagern acceptirte diese Erklärung, und forderte die Nationalversammlung auf, zu den demnach einzuleitenden Unterhandlungen die Vollmacht zu geben.

Da erfolgte die Reise des Herrn v. Schmerling nach Wien. Auf dieser Reise hielt er die bekannte Rede vor seinen Wählern, worin er sich rühmte, auch in seiner Stellung als Reichsminister nicht die Interessen des Reichs, sondern die Interessen Oestreichs überall vorangestellt zu haben. Nun überbringt er, als Bevollmächtigter der österreichischen Regierung bei der Centralgewalt, eine Note seines Cabinets, in welcher dieses sein Programm gewissermaßen zurüknimmt, sich dagegen verwahrt, den bisherigen Einfluß in Deutschland aufgeben zu wollen, und gegen das Ansinnen einer gesandtschaftlichen Unterhandlung, das doch zuerst von Oestreich ausgegangen war, Protest einlegt. Herr v. Schmerling setzt hinzu, diese „Umstimmung“ des Cabinets sei vorzugsweise durch seine Darstellung der bisher in Oestreich irrig aufgefaßten Parlamentsverhandlungen erfolgt.

Worin mag diese irrige Auffassung eigentlich bestanden haben? Die Verhandlungen selbst lagen ja klar und offen aller Welt vor Augen, und was davon zwischen den Zeilen gelesen werden mußte, war so einfach, daß ein alter geschulter Staatsmann keiner Beihilfe bedürfte, um es zu verstehen. Herr v. Schmerling wird also nicht neue Thatfachen beigebracht, sondern neue Rathschläge ertheilt haben. Vielleicht so: „Die Autonomie Oestreichs ist gesichert, es fragt sich nun, ob wir nicht außerdem noch die Herrschaft über Deutschland gewinnen können. Unsere Abgeordneten sitzen einmal im deutschen Parlament. Sie sind der größern Majorität nach radical. Rufen wir sie zurück, so haben wir von ihnen keinen Gewinn; wir haben nur einen Haufen unnützer Randaleure mehr. In Frankfurt dagegen sind sie uns von Vortheil, sie lieben uns nicht, aber sie hassen Preußen mehr, und werden schon aus Eitelkeit dazu beitragen, uns die Hegemonie zu erkämpfen. Und gelingt das nicht, so ist auf alle Fälle nichts verloren, als einige Wochen Diäten, und was zu unterhandeln ist, können wir dann eben so gut vornehmen, als jetzt.“

Das ist klug, aber weder loyal, noch staatsmännisch. Wäre das Vorhaben gelungen, so hätte das allerdings Deutschland um ein Jahrhundert in der Entwicklung zurückgebracht; für Oestreich aber wäre es der unmittelbare Ruin gewesen. Es wäre dem deutschen Radicalismus ein bestimmter Mittelpunkt gegeben, der Panславismus hätte den entgegengesetzten gesucht, und die östreichischen Erblande wären der Schauplatz ähnlicher Scenen geworden, wie etwa jetzt das Banat.

Diese Gefahr ist für Oestreich durch die soeben erfolgte Abstimmung über das Gagern'sche Programm glücklich abgewendet worden, obgleich wir es uns keinen Augenblick verhehlen, daß mit dieser Abstimmung die Sache noch keineswegs erledigt ist. Wenigstens ist das unnatürliche Bündniß zwischen der rothen Republik und dem schwarzgelben Absolutismus unterbrochen. Herr v. Würth wird sich in Zukunft besinnen, ehe er mit Benützung amtlicher Kenntnisse die radicale Masse durch hämische Angriffe auf eine Macht ergötzt, die der seinigen befreundet ist.

Wird das Cabinet jetzt den Muth gewinnen, zu thun, wozu es unter günstigeren Umständen vor wenigen Wochen berufen war? — Wir schauern, indem wir diese Frage durchdenken. Es ist der Winterfrost von St. Petersburg, der uns durchweht. — Die ganze Haltung der gegenwärtigen Regierung zeigt, daß sie im innigsten Einverständnis mit einer Macht handelt, die, so wenig wir in all die maßlosen Angriffe einstimmen, durch welche man sie zum Knecht Ruprecht unserer politischen Kinder machen möchte, jedenfalls in ihrem Einfluß auf das westliche Europa verhängnißvoll werden muß. Ein Bündniß zwischen Oestreich und Rußland ist ein Bündniß gegen die Freiheit. Nur durch Aufopferung seiner nächsten Interessen — die Herrschaft über die Donau — kann es Oestreich erkaufen. Läßt es sich — vielleicht um in Italien freies Spiel zu haben — von Rußland dazu gebrauchen, die einheitliche Gestaltung Deutschlands zu hintertreiben, schließt es zu diesem Zweck den unheimlichen Bund mit den deutschen Jakobinern, so tritt es feindlich gegen die Cultur Europas, feindlich gegen den Geist der neuen Zeit auf und wird von ihm zermalmt werden.

Oestreich im engen Bunde mit Deutschland hat den schönsten Beruf. Wie ein Doppeladler soll dieses Zwillingsgestirn verbrüderter Staaten nach Nordwesten und nach Südosten zugleich schauen, als Träger der Cultur und der Freiheit. Wie die Freistaaten von Nordamerika, in friedlicher Eroberung, soll Oestreich eine slavische Provinz nach der andern seinem politischen System, und damit der Cultur erwerben. Seine Flotten sollen auf dem schwarzen Meere, auf der Adria gebieten. Es soll ein mächtiger Damm sein gegen die Uebergriffe ostasiatischer Barbaren, es soll die deutsche Cultur in den bildungsfähigen Völkern der daci'schen Ebenen verbreiten. Der wunderliche Kampf zwischen dem slavischen und deutschen Element innerhalb seiner Grenzen wird aufhören, sobald das tüchtige und strebsame Volk der Czechen die deutschen Farben nicht mehr als Symbol der Unterdrückung betrachtet. Die deutsche Bildung wird dennoch dominiren, aber nicht

mehr von Bajonetten getragen, sondern durch ihre intensive Kraft. Ein edles, hohes Ziel des Staatsmannes, wahrhaftig lockender, als die zweite Stelle in dem System der „heiligen“ Allianz.

Sollte es für die Regierung zur Umkehr zu spät sein? Ich denke nicht. Die äußere Lage ist eben so glänzend als gefährlich. Mit gewohntem Heldenmuth haben die kaiserlichen Armeen in Ungarn wie in Italien den alten Ruhm Oestreichs aufrecht gehalten. Noch dient die rohe, aber kräftige Natur der slavischen Stämme dem Hause Oestreich — nicht lange mehr, wenn die Regierung das alte Metternich'sche Spiel in Deutschland, wie in dem parlamentarischen Leben des eigenen Reichs fortsetzt. Die Hauptstadt Ungarns, bisher durch die künstliche Herrschaft einer romantischen Faction unterdrückt, hat freudig seine Thore den siegreichen Oestreichern geöffnet; in Siebenbürgen erwartet man sie als Befreier. In der italienischen Frage ist England, ja vielleicht selbst Frankreich günstig gestimmt für die Legitimität des Bestehes, und wenn Oestreich einig ist mit Deutschland, so ist auch hier seine Herrschaft sicher gestellt. Die Regierung hat viele Gegner, aber keine mächtige Partei, die befähigt wäre, ihr das Ruder aus den Händen zu winden, wenn sie den Muth hat, frei und selbstständig zu sein.

Möge sie diesen Muth finden — den Muth der Selbstbeschränkung! — Weder Deutschland noch Oestreich kann eine neue Umwälzung ertragen, ohne seine letzten Kräfte auszugeben.

Nur noch Ein Wort. Wir haben aus allen Kräften die Partei der Republik bekämpft, als sie mit frecher Hand in den Zusammenhang der alten, durch gemeinsame Erinnerung und gemeinsame Interessen verschmolzenen Monarchie eingreifen wollte, um ein chimärisches Reich herzustellen, das nur in den Liedern blondhaariger Burschenschaftler bestand. Wehe aber der Monarchie, wenn sie die eine Hand den östlichen Barbaren reicht, die andere den Anarchisten, um die Entwicklung des vernünftigen Staats zu hintertreiben. Der Geist, den sie heraufbeschwört, würde sich fürchterlich gegen sie wenden, und der ungeschickte Zauberlehrling würde keinen Spruch finden, ihn wieder zurückzubannen. ††.

Vergangenheit und Zukunft unsrer dramatischen Kunst.

Wenn ich hier den Entwicklungsprozeß des Theaters in wenig Strichen darzustellen suche, so werden unsere Leser zu fordern berechtigt sein, daß zu gleicher Zeit der Zusammenhang klar werde, in welchem die Entwicklung des Theaters mit der großen Geschichte unseres Volkes steht. Alle Künste müssen je nach ihren eigenthümlichen Gesetzen die Empfindungsweise ihrer Zeit abspiegeln, von